

# Opportunismus schlägt Wertekanon

Europa ist nicht ehrlich zur Türkei und Erdogan nicht an allem schuld: Insbesondere Deutschland könnte das Verhältnis gedeihlicher gestalten

Der Fall scheint klar: Die Türkei befindet sich auf dem Weg ins Abseits, grenzt sich aus, gehört nicht mehr zur freien Welt. Jedenfalls, wenn Erdogan so weitermacht. Richtig ist, dass der türkische Staatspräsident das Land in atemberaubendem Tempo in einen autoritär verfassten und geführten Staat verwandelt, dass er offenbar alles, was ihm dabei im Wege steht, beiseiteräumt und dabei auch zu Mitteln greift, die sich schwerlich mit dem Rechtsverständnis der westlichen Welt vereinbaren lassen. Richtig ist wohl auch, dass entsprechende Pläne umsetzungsreif in seiner Schublade lagen und dass ihm der gescheiterte Juli-Putsch, so gesehen, gerade recht kam.

Aber der Anlass war eben auch schwerwiegend. Nicht nur bildete der Putsch den – vorläufigen – Eskalationspunkt einer Serie verheerender Anschläge, sondern auch den Auftakt eines Staatsstreichs, dessen Drahtzieher auch die Ermordung des Staatspräsidenten in Kauf nahmen. Ein gravierenderer innerer Notstand ist nicht vorstellbar. So sahen es auch die Staats- und Regierungschefs der westlichen Welt und stellten sich in ihren ersten Reaktionen geschlossen hinter den Präsidenten.

Das war es dann aber auch schon. Nicht einer von ihnen raffte sich auf und reiste in die Türkei. An eine beeindruckende gemeinsame Geste der Solidarität wie nach dem ersten schweren Terroranschlag von Paris dachte offenbar niemand. Im deut-

schen Fall verstrichen mehr als drei Wochen, bevor sich zumindest ein ranghoher Beamter, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, in Ankara blicken ließ.

Dabei sind die Beziehungen der Türkei zu keinem zweiten europäischen Land so eng und vielfältig wie zu Deutschland. Seit die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Türkei 1963 ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet haben, hat ihr zudem kein anderes Land so kontinuierlich Beitrittsperspektiven offeriert wie die Bundesrepublik. Ehrlich gemeint waren sie, von der Endphase der Kanzlerschaft Gerhard Schröders abgesehen, nie.

Aus allen möglichen, auch guten, Gründen konnte oder wollte man sich weder in Berlin noch anderswo in Europa eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU vorstellen. Die Weigerung, die Türkische Republik Nordzyprien in die EU aufzunehmen, obgleich sie und nicht der griechische Süden der Insel 2004 die Auflagen eines Konföderationsplans der UN erfüllt hatte, wurde in Ankara als Beleg für diese ablehnende Haltung gelesen. Offen bestätigt wurde auch das von den Europäern nicht. Im Gegenteil. Es wurde und wird geheuchelt, was das Zeug hält.

Dass aus Europa jetzt die Drohung kommt, die Beitrittsverhandlungen oder auch die Gespräche über die in Aussicht gestellte Visafreiheit für türkische Staatsangehörige abbrechen, sollte Erdogan

bei seinem Kurs bleiben, setzt dem ganzen die Krone auf. Schon die Einführung des Visumzwangs durch die Bundesrepublik im Jahr 1980 war schwerlich mit bestehenden Verträgen vereinbar. Tatsächlich diente sie dem Zweck, den „zu großen Zustrom von Arbeitnehmern aus der Türkei zu beschränken“, wie der deutsche Außenminister dem türkischen Staatspräsidenten einige Jahre später hinter verschlossenen Türen erklärte. Dass die Bundesrepublik viele Jahre lang gar nicht genug dieser sogenannten Gastarbeiter anwerben konnte, um den Arbeitskräftemangel der boomenden Industrie zu beheben, sagte er bei dieser Gelegenheit nicht.

Heute präsentiert Europa der Türkei einen Katalog von sage und schreibe 72 Bedingungen, die sie zu erfüllen habe, will sie die Aufhebung des Visumzwangs erreichen. Zu keinem Zeitpunkt haben die Europäer die Visumfreiheit aus freien Stücken in Erwägung gezogen. Sie gehören zum Preis, der für das Flüchtlingsabkommen entrichtet werden muss.

So schieben die Europäer nicht nur Erdogan die Verantwortung für das Scheitern der ihrerseits so gut wie nie erfolgsorientiert geführten Verhandlungen in Sachen EU-Beitritt und Visumsfreiheit zu; sondern sie machen ihre Drohung, diese abzubrechen, neuerdings auch noch an der Debatte fest, die derzeit in der Türkei über eine Wiedereinführung der 2006 ab-

geschafften Todesstrafe geführt wird – und messen dieses Land einmal mehr mit einem anderen Maßstab als manchen ihrer sonstigen Partner und Verbündeten.

Nun gibt es wahrlich gute Gründe, warum die Europäische Union die Todesstrafe ablehnt. Offenbar haben aber andere, darunter dem westlichen Wertekanon verpflichtete Staaten, nicht minder gute Gründe, warum sie an der Hinrichtung festhalten. So zum Beispiel Japan und Taiwan 2015 und die Vereinigten Staaten von Amerika 2016. Allein in Amerika wurden seit Wiedereinführung der Todesstrafe im Jahr 1976 im Durchschnitt 35 Todesurteile vollstreckt – jährlich. In 95 Staaten der Erde ist die Todesstrafe heute noch gesetzlich verankert, davon in 31 faktisch ausgesetzt.

Kein Europäer kam bislang auf die Idee, die alles in allem bewährte Partnerschaft mit den Amerikanern oder deren Rolle als Verbündete in Frage zu stellen, weil es dort die Todesstrafe gibt; konsequent wäre es aber. Wer der Türkei für den Fall der Wiedereinführung der Todesstrafe den Eintritt in die Wertegemeinschaft der Europäischen Union verwehrt, müsste die gemeinsame Mitgliedschaft mit Amerika in der Wertegemeinschaft der Nato aufkündigen – und sich gegebenenfalls dafür einsetzen, dass die Türkei aus der Nato ausgeschlossen wird. Niemand, der bei Sinnen ist, wird das tun. Dafür ist der Opportunismus dann doch zu ausgeprägt.

Denn ohne oder gar gegen die Türkei ist ein Ende des syrischen Großkonflikts mit seinen Begleit- und Folgeerscheinungen schwer vorstellbar. Das weiß auch Erdogan. Schon deshalb war es kein Zufall, dass ihn der erste Auslandsbesuch nach dem Putsch zu seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin führte, für den Vergleichbares gilt. Eigentlich trennt die beiden in der Syrien-Frage mehr, als sie verbindet. Ob der Besuch ohne die Behelfsbrücke, welche die Europäer mit ihrem politischen Frontalangriff auf Erdogan zimmerten, zu diesem Zeitpunkt zustande gekommen wäre, sei dahingestellt.

So aber wurde die rasche türkisch-russische Wiederannäherung auch zu einer Antwort auf die Selbstgerechtigkeit, mit der Europa ihn und sein Land überzog. Dort sollte man sich erinnern, dass man Erdogan, lange Zeit und mit gutem Grund, als Hoffnungsträger wahrgenommen und hofiert hat. Und man sollte sich zudem erinnern, dass auch nach 2005, als man die Türkei in den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhob, den Worten keine Taten gefolgt sind – vom alljährlichen hundertseitigen Prüfungsbericht einmal abgesehen. Mithin gilt auch hier: Zu einer gescheiterten Beziehung gehören immer zwei. GREGOR SCHÖLLGEN

**Der Autor** lehrt Neuere Geschichte an der Universität Erlangen. Zuletzt erschien seine Biographie des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.